

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 04. Juni 2020 betreffend MaÙnahmen zur Unterstützung der Familien in der Covid-19-Krise

Die Folgen der Covid-19-Krise sind nicht nur für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sondern auch für viele Familien und Gemeinden eine enorme Mehrbelastung. Durch Homeschooling gepaart mit Homeoffice kann es hier eindeutig zu Mehrbelastungen in den Familien kommen. Darüber hinaus gibt es auch viele Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten müssen damit die Aufrechterhaltung der Gesamtversorgung unserer Grundbedürfnisse gewährleistet ist.

Bereits zu Beginn und im Lauf der Krise wird abermals klar, wer das Fundament der Gesellschaft bildet. Es sind die VerkauferInnen in den Geschäften, die Putzkrafte, die Pflegekräfte und all jene Personen deren Arbeitsleistung in der Krise unabdingbar ist. Leider steht gerade bei diesen Berufsgruppen das Entgelt in keinerlei Relation zur Leistung. Die Niedrigverdiener müssen für kleines Geld gerade jetzt in der Krise GroÙes leisten. Laut Statistik Austria zählen 15% der Beschäftigten in der Privatwirtschaft zur Gruppe der Niedrigverdiener, welche im Rahmen einer Vollzeitbeschäftigung mit einem Durchschnittsverdienst von € 1.170,- netto auskommen müssen. Darüber hinaus liegt Österreich im OECD-Vergleich bei der Belastung von Einkommen von Familien mit Steuer- und Sozialabgaben im Spitzenfeld. Eine Umverteilung der Steuern wird die Familien entlasten.

Das Land Burgenland und die KRAGES gehen hier mit gutem Beispiel voran und haben seit dem 01.01.2020 € 1.700,- netto Mindestlohn eingeführt. Eine Steigerung der Löhne bringt auch eine Steigerung der Liquidität und der Lebensqualität für die betroffenen Familien mit sich. Schlussendlich wird durch höhere Löhne auch die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen gestärkt, sodass diese MaÙnahme auch wesentlich zur Erholung der Wirtschaft beitragen wird.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- die Betreuungskosten für die Eltern von PflichtschulerInnen übernehmen, die Betreuung während der Krisenzeit benötigen;
- Rahmenbedingungen in der Privatwirtschaft besonders im Bereich der Steuern schaffen, sodass ein fairer Lohn auch dort seitens der Kollektivverhandlungspartner, insbesondere für die Corona-HeldInnen ein Mindestlohn von € 1700,- netto, erzielt werden kann;

- ein kommunales Investitionspaket schnüren, durch das auch die fehlenden Beiträge für die nicht in Anspruch genommene Betreuung für die Gemeinden abgedeckt werden;
- einen Solidaritätsbeitrag von Vermögenden („Millionären“) einheben bzw. sich für eine faire Konzernbesteuerung einsetzen, um damit die geforderten Maßnahmen zu finanzieren.